

# KARL CARSTENS — 30 Jahre Dienst am demokratischen Staat

**Professor Karl Carstens (64) ist seit dem 14. Dezember 1976 Präsident des Deutschen Bundestages und damit, protokollarisch gesehen, der zweite Mann im Staate. Karl Carstens wird nun von der Union für das höchste Amt der Bundesrepublik Deutschland, für das Amt des Bundespräsidenten, vorgeschlagen. Karl Carstens kann auf eine glanzvolle Karriere als Beamter und Politiker zurückblicken.**

Am 14. Dezember 1914 wurde er in Bremen geboren. Sein Vater, von Beruf Studienrat, war vor seiner Geburt als Soldat im Ersten Weltkrieg gefallen. So fiel seiner Mutter die schwierige Aufgabe zu, von einer schmalen Pension den einzigen Sohn großzuziehen und ihm eine gute Ausbildung zu vermitteln. Nach dem Abitur am humanistischen Alten Gymnasium in Bremen, einer traditionsreichen Schule liberaler Prägung, studierte Carstens Rechtswissenschaften und politische Wissenschaften in Deutschland und Frankreich. Von 1939 bis 1945 war er Soldat, zuletzt als Leutnant der Flakartillerie. Als Soldat erhielt er 1940 die Mitteilung, daß einem Aufnahmeantrag in die NSDAP, den er als Referendar unter dem Druck seines Landgerichtspräsidenten und unter Androhung von beruflichen Nachteilen gestellt hatte, stattgegeben sei. Eine aktive Mitgliedschaft konnte dadurch, wie die Spruchkammer Bremen 1948 feststellte, nicht mehr entstehen. Die Spruchkammer stellte fest, er habe unter Druck gehandelt und im Rahmen seiner Möglichkeiten Widerstand gegen die Gewaltherrschaft geleistet und stufte ihn als entlastet ein.

Ins Zivilleben zurückgekehrt, trat Carstens in eine renommierte Bremer Anwaltskanzlei ein. 1948 verließ er die Praxis für ein Studienjahr an der Yale-Universität

in den USA. Er hatte ein Stipendium bekommen und sollte international-rechtliche Erfahrungen in die Anwalts-Sozietät einbringen. In Amerika traf der Anwalt Carstens mit Angehörigen einer demokratischen Gesellschaft zusammen, die sich zum großen Teil auf Aufgaben im öffentlichen Dienst vorbereiteten.

So kam es, daß Carstens, als er 1949 nach Deutschland zurückkehrte, das tat, was er nie hatte tun wollen: er wurde Beamter, zunächst des Landes Bremen. Bürgermeister Spitta von der Bremischen Demokratischen Volkspartei vermittelte die Einstellung. SPD-Bürgermeister Wilhelm Kaisen imponierte der junge Mann. Er ernannte ihn zum Bevollmächtigten des Landes Bremen beim Bund. Bis 1954 war Carstens in den Diensten des von SPD-Politikern geprägten Bremer Senats.

Die geplante Rückkehr nach Bremen fand nicht statt. Statt dessen folgte er dem Ruf in den Bundesdienst. Carstens wurde erster Vertreter der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat in Straßburg, dann Leiter der Europaabteilung und der politischen Abteilung, ab 1960 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. In dieser Eigenschaft nahm er an vielen wichtigen internationalen Verhandlungen teil und vertrat auf ihnen die Bundesrepublik Deutschland. Die Schwerpunkte der Arbeit waren einerseits die europäische Integration und andererseits die Wahrung der Stellung Berlins in der schweren Krise von 1958 bis 1962. 1966 ging Carstens mit Gerhard Schröder als Staatssekretär vom Auswärtigen Amt in das Verteidigungsministerium. Sein Wirken im diplomatischen Dienst würdigte der damalige Außenminister Willy Brandt am 12. Dezember 1966: „Dieses Ressort hatte Glück, in Ihnen, sehr verehrter Herr Staatssekretär, eine Persönlichkeit für sich zu gewinnen, in der sich ein ungewöhnlicher Reichtum an Führungsqualitäten, an geistiger Unabhängigkeit und an wissenschaftlicher ebenso wie praktischer Begabung vereint.“

Ein Jahr später holte Kurt Georg Kiesinger Carstens zu sich. Er wurde Chef des Bundeskanzleramtes und Staatssekretär der Bundesregierung. Nach dem Regierungswechsel 1969 nahm er seine wissenschaftliche Tätigkeit als ordentlicher Professor für Völkerrecht und Staatsrecht an der Universität in Köln wieder auf und wurde daneben Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Nach der Bundestagswahl 1972 zog Carstens als schleswig-holsteinischer Abgeordneter in das Parlament ein. Bereits nach seiner vielbeachteten Rede in der Debatte zum Grundvertrag zwischen beiden deutschen Staaten am 15. Februar 1973 hatten sich viele Abgeordnete gefragt, ob er nicht geeignet sei, die Führung zu übernehmen. Kurze Zeit später war es dann soweit. Rainer Barzel verzichtete

— die Fraktion sprang über ihren Schatten und wählte den Parlamentsneuling zum Fraktionsführer.

Allen Kassandrarufen zum Trotz gelang dieses Experiment. Carstens zeigte sich bald als ein politischer Kämpfer von Rang, der neben rhetorischer Eleganz auch ein gehöriges Quentchen politischer Polemik in seine parlamentarischen Auftritte einbrachte und der auch bei schwierigen politischen Fragen die von CDU und CSU gebildete Fraktion zusammenhielt.

Nach der Bundestagswahl 1976, bei der die Union nur knapp die absolute Mehrheit verfehlt hat, war die CDU/CSU wieder die stärkste Fraktion und hatte damit das Vorschlagsrecht für den Parlamentspräsidenten. Die Union sah in Karl Carstens, dem Politiker, dem weltoffenen Diplomaten und Gelehrten, den geeigneten Mann für dieses hohe Amt.

Ein Porträt des Politikers Carstens wäre unvollständig, würde man nicht, wenn auch nur ein wenig, seine privaten Interessen ausleuchten. Bei seinem stets gedrängten Terminkalender bleiben ihm, ebenso wie seiner Frau Veronica, einer in ihrem Wohnort Meckenheim als fachkundig bekannten und beliebten Ärztin, nur wenige Stunden der Muße. Er füllt sie aus mit Lesen, Wandern und Segeln. Er bevorzugt Bücher der Geschichte und der Literatur, deutsche, englische, französische Literatur und neuere Geschichte. Gedichte gehören dabei zur Lieblingslektüre. Außerdem hören die Eheleute gern Musik.

## Standpunkte zu Fragen der Zeit

Ich glaube, daß politische Führung darin besteht, den Versuch zu machen, die öffentliche Meinung von der Richtigkeit des Kurses, den man einschlagen will, zu überzeugen. Führen heißt weiter: Menschen dahin bringen, daß sie sich um die Verwirklichung der gesetzten Ziele aktiv bemühen.

\* \* \*

Unsere freiheitliche Ordnung beruht auf der Überzeugung, daß es bestimmte, jeder menschlichen Ordnung vorgegebene Grundwerte gibt wie die Würde des Menschen, Gerechtigkeit und Freiheit. Aus diesen Grundwerten leitet unser Grundgesetz eine Reihe konkreter Grundrechte und Freiheitsrechte ab, die für jeden einzelnen Bürger bestehen. Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit nenne ich als Beispiele.

\* \* \*

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es für die Politik moralische Grundsätze gibt, die nicht verletzt werden dürfen. Ich rechne das Verbot der Gewaltanwendung, das Gebot, den Frieden zu erhalten, zu diesen Geboten, die nicht nur politischer, sondern auch moralischer Art sind. Der Respekt vor der Würde des Menschen, die Grundrechte des einzelnen sind für mich rechtliche, politische, ethische, moralische und außerdem natürlich auch christliche Gebote. Hier ist eine weitgehende Deckung zwischen politischen und moralischen Grundsätzen festzustellen.

\* \* \*

Die Soziale Marktwirtschaft, wenn auch nicht ausdrücklich als solche in der Verfassung verankert, ist eine der wesentlichen Säulen unserer freiheitlichen Ordnung. Sie sichert eine hohe Leistung und damit Wohlstand für die Bürger unseres Landes; sie gibt zugleich allen am Wirtschaftsprozess Beteiligten, den Produzenten, den Konsumenten, den Arbeitnehmern und Arbeitgebern, ein Maß an Freiheit wie keine andere Wirtschaftsverfassung, und sie hat die soziale Sicherung aller Bürger zum Ziel. Sie dient der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit, vor allem auch der Chancengerechtigkeit für alle.

\* \* \*

Mit ernster Sorge müssen wir die Herausforderungen registrieren, denen heute die Familie, insbesondere die Familie mit Kindern, ausgesetzt ist. Junge Ehepaare mit mehreren Kindern erleiden schwere finanzielle Nachteile. Sie geraten an den Rand des gesellschaftlichen Wohlstandes, viele geraten an den Rand der Sozialhilfe. In Teilen unserer Bevölkerung scheint leider eine Abneigung gegen Kinder zu bestehen.

\* \* \*

Eine in unserem Lande vertretene pädagogische Richtung sieht es als Aufgabe der Schule an, die Kinder von allen Bindungen, insbesondere von den Bindungen an ihre Eltern, zu befreien, um ihnen dadurch, so heißt es, die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung zu geben. Antiautoritäre Erziehung, Konfliktpädagogik sind Namen für diese wissenschaftliche Richtung. Ich kann mir kaum eine verheerendere pädagogische Tendenz vorstellen als diese. Denn sie führt dazu, daß die Schule darauf verzichtet, den Kindern Wertvorstellungen zu vermitteln, an denen sie sich ihr Leben lang orientieren könnten. Ja, die antiautoritäre Erziehung geht so weit, die herkömmlich als Tugenden bezeichneten Eigenschaften wie Ehrlichkeit, Gerechtigkeitssinn, Fleiß, Leistungsbereitschaft als kapitalistische Herrschaftsinstrumente zu verteufeln, deren Zweck es sei, so heißt es, der Klasse der Kapitalisten die ständige Ausbeutung der Arbeiterklasse zu erleichtern.

**Was im Namen dieser Auffassung an Schäden an unseren Kindern angerichtet worden ist, läßt sich nicht ermesen. Wir müssen ihr mit aller Entschiedenheit**

**entgegenzutreten und müssen verlangen, daß an unseren Schulen wieder erzogen wird, erzogen in dem Sinne, daß den Kindern Wertvorstellungen vermittelt werden, die sie in den Stand setzen, in moralischer Verantwortung ihre Rolle als Glied unseres Gemeinwesens zu übernehmen.**

\* \* \*

Schließlich möchte ich eine Herausforderung unserer freiheitlichen Ordnung behandeln, die auf den ersten Blick weniger schwerwiegend erscheint, die aber doch auf weite Sicht eine Gefahr darstellt. Ich spreche von der zunehmenden Gesetzesflut und der zunehmenden Bürokratisierung aller Lebensvorgänge. Diese Tendenz, die seit langem sichtbar ist, hat Ausmaße angenommen, die zu ernststen Befürchtungen Anlaß gibt. Die Zahl der Gesetze und der aufgrund der Gesetze ergangenen Verordnungen und Verwaltungsvorschriften ist so groß, daß kein Mensch sie mehr übersieht. Selbst der Fachbeamte ist häufig nicht mehr in der Lage, alle für sein Fachgebiet einschlägigen Bestimmungen zu kennen.

Diese Entwicklung ruft Gefahren hervor. Einmal führt sie zu einer immer weiteren Einengung des Freiheitsraumes des Bürgers, zum anderen macht sie die Verwaltung immer aufwendiger und teurer. Ich vertrete seit langem den Standpunkt, daß auch der Gesetzgeber das tun sollte, was jeder Unternehmer tut, bevor er einen neuen Betrieb gründet, nämlich eine Kosten-Nutzen-Analyse des geplanten Projektes aufzustellen.

**Ich bin der Meinung, daß wir, bevor wir ein Gesetz erlassen, uns Klarheit darüber verschaffen müssen, welche Lasten, welche Kosten in Form von finanziellen Aufwendungen, aber auch in Form von Arbeitsbelastung, die wir unserer Verwaltung, unseren Unternehmern, unseren Arbeitnehmern und unseren Bürgern insgesamt aufbürden. Wenn wir das täten, so bin ich sicher, würden wir auf den Erlaß einer ganzen Reihe von Gesetzen verzichten.**

\* \* \*

Die Teilung Deutschlands ist eine Herausforderung an uns, eine Herausforderung an unsere freiheitliche Ordnung. Wir müssen nämlich ständig den Beweis dafür führen, daß unsere freiheitliche Ordnung die bessere, die menschlichere, die menschenwürdigere Ordnung ist. Nur dadurch können wir den Willen lebendig erhalten, der die Grundvoraussetzung für die Fortexistenz der deutschen Nation als solcher ist, nämlich den Willen der Deutschen, sich in einer freiheitlichen Ordnung und in einem geeinten Europa friedlich zu vereinen. So dienen wir, indem wir unsere freiheitliche Ordnung bewahren und stärken, nicht nur dem

Interesse der Bundesrepublik und ihrer Bürger, sondern wir dienen den Interessen aller Deutschen, des ganzen deutschen Volkes.

\* \* \*

Mit den historischen Leitbildern ist es so eine Sache. Es gibt einzelne Eigenschaften großer Persönlichkeiten der Vergangenheit, die ich als vorbildlich empfinde. Ich möchte z. B. Stresemanns Europapolitik nennen, das finde ich großartig, rückblickend. Anderes an der Stresemannschen Politik sehe ich viel kritischer, so daß ich zögern würde, Stresemann uneingeschränkt als ein historisches Vorbild für mich anzusehen.

Ich beschäftige mich sehr stark in letzter Zeit mit der freiheitlichen, mit der liberalen Tradition unseres Volkes im 19. und 20. Jahrhundert. Und da kommt man natürlich auf viele herausragende Persönlichkeiten, von denen man auf das stärkste beeindruckt ist. Freiherr vom Stein oder Gneisenau, um einen der Militärs der damaligen Zeit zu nennen. Oder aus der Weimarer Zeit Männer wie Friedrich Ebert. Aber es ist doch in jedem Fall immer nur ein Teil dieser Persönlichkeiten, der einem wirklich als uneingeschränktes Vorbild dienen kann.

\* \* \*

Ich sehe mich als einen Liberalen und bin es meiner Herkunft nach außer jedem Zweifel. Als ich in Bremen aufwuchs, war Bremen eine liberale Stadt, in der geistige Freiheit herrschte; eine großartige Stadt, und das galt besonders für die Schule, das humanistische, das Alte Gymnasium in Bremen, welches ich besucht habe. Wir haben da eine Freiheit genossen in den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre, wie sie jetzt als große Reformen von den Bildungspolitikern an den Schulen eingeführt werden. Wir konnten weitgehend die Fächer, die wir belegen wollten, aussuchen, und es war uns weitgehend freigestellt, ob wir an einer Unterrichtsstunde teilnehmen wollten oder nicht. Es ist eine Art von freiheitlichem Geist, der diese Schule damals kennzeichnete, wie es sicherlich ganz, ganz einzigartig unter damaligen Verhältnissen war. Ich sehe meine geistigen Wurzeln weiterhin stark in der liberalen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Aber die Liberalen jener Zeit hatten eben zugleich auch alle eine nationale Komponente in ihrer Politik, und insofern finde ich es falsch, wenn man in der heutigen Terminologie jemanden, der sich für einen freiheitlichen Patriotismus einsetzt, als konservativ abstempelt; das ist eine nachträgliche Verschiebung der Maßstäbe.

\* \* \*

**Wir haben aufgrund der Erfahrungen mit der Weimarer Republik 1949 eine neue Verfassung geschaffen und einen neuen Staat errichtet als eine wehrhafte**

**Demokratie, die in der Lage sein sollte, sich ihrer Feinde, ihrer Gegner im Innern zu erwehren. Dazu gehört, daß wir von den Beamten, also von denen, die in einem besonderen Loyalitätsverhältnis zum Staat stehen, verlangen, daß sie uneingeschränkt für die Grundsätze unserer freiheitlich-rechtsstaatlichen und sozialen Ordnung eintreten. Von diesem Grundsatz dürfen wir keine Ausnahmen zulassen. Daher gebietet es die Loyalität zu den Grundsätzen unserer Verfassung, daß wir engagierte Kommunisten nicht in den Staatsdienst nehmen.**

Ich meine, daß unser parlamentarisches System eine Reihe sehr positiver Züge aufweist. Es hat zur Bildung weniger Parteien geführt. Diese schreckliche Parteienzersplitterung, die wir in Weimar erlebt haben und vor die sich eine ganze Reihe anderer Länder jetzt gestellt sieht, hat bei uns glücklicherweise nicht stattgefunden. Ich bin auch der Meinung, daß das Wechselspiel zwischen Bundestag und Bundesrat für unsere parlamentarische Demokratie letztlich gut ist, positiv zu bewerten ist. Der Bundesrat ist ein moderierendes Element, im Bundesrat werden die Auseinandersetzungen nicht annähernd mit der Schärfe geführt wie im Bundestag.

Unsere Verfassung ist ja so konzipiert worden, daß die Väter, die Gründer unseres Staates davon ausgingen, es würden sich Regierung und Parlament als zwei selbständige Verfassungsorgane gegenüberstehen, und das Parlament würde die Regierung kontrollieren. Dies ist eine Vorstellung, die mit der Wirklichkeit von heute nicht mehr übereinstimmt. Eine wirkliche Kontrollfunktion gegenüber der Regierung übt nur die Opposition aus, während die Regierungskoalitionsparteien eher dahin tendieren, Mißstände zu beschönigen, die Regierung zu verteidigen.

\* \* \*

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß die politischen Ziele, die wir mit unserer Politik verfolgen, andere sind als die politischen Ziele, die unsere osteuropäischen Partner verfolgen.

**Für sie ist Entspannungspolitik Fortsetzung der politischen Auseinandersetzung mit allen Mitteln außer heißem Krieg, also einschließlich subversiven Mitteln und allem, was dazugehört. Für uns, für die Bundesregierung und einen Teil der anderen westlichen Regierungen sollte Entspannungspolitik eine auf Dauer angelegte Verständigung und Aussöhnung sein.**

Das muß Anlaß zu großer Vorsicht sein. Und eine solche Politik ist dann nur zu verantworten, wenn die beiderseitigen Leistungen einigermaßen ausgewogen sind. Für mich ist das geradezu klassische Beispiel einer richtigen Entspannungspolitik

die Reise Konrad Adenauers nach Moskau im Jahre 1955. Damals bot er den Sowjets diplomatische Beziehungen an und stellte die eine Bedingung, daß die Kriegsgefangenen zurückkehren müssen. Die Sowjets lehnten das ab, und Adenauer erhob sich daraufhin und sagte: „Wenn Sie diese meine Bedingung nicht erfüllen können, dann fliege ich morgen nach Bonn zurück.“ Das brachte die Sowjets dazu, daß sie einlenkten. Es kam zur Rückkehr aller Kriegsgefangener, die damals noch in der Sowjetunion waren, und es kam dann zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen.